

<http://news.tageblatt.lu/>

06-09-2008

Offizielle Eröffnung der „Cité judiciaire“ am 6. Oktober

In einer Woche nehmen die Justizbehörden ihre Arbeit nach den Sommerferien wieder auf. Während mehr als 200 Jahre tagten die Magistraten im alten Palast des Gouverneurs und werden jetzt in den neuen Gebäulichkeiten der „Cité judiciaire“ auf dem Heilig-Geist-Plateau Recht sprechen. Es hatte 17 Jahre gedauert, bis der Regierungsbeschluss ausgeführt war. Romain Durllet



In einer Woche nehmen die Justizbehörden ihre Arbeit nach den Sommerferien wieder auf. Während mehr als 200 Jahre tagten die Magistraten im alten Palast des Gouverneurs und werden jetzt in den neuen Gebäulichkeiten der „Cité judiciaire“ auf dem Heilig-Geist-Plateau Recht sprechen. Es hatte 17 Jahre gedauert, bis der Regierungsbeschluss ausgeführt war.

Romain Durllet

Die Luxemburger Mentalität „Kommt Zeit, kommt Rat“ machte sich bei der Planung des Baus einer wahren Gerichtsstadt wieder einmal bemerkbar.

Bereits am 25. Oktober 1991 hatte die Regierung den Beschluss gefasst, ein neues Gerichtsgebäude zu bauen. Idee, welche dann zwei Jahre später der Schaffung einer „Cité judiciaire“ weichen sollte.

Stellungskrieg

Nachdem die Pläne ausgearbeitet waren, erklärte die Gemeinde Luxemburg am 20. Februar 1995, der Standort auf dem Heilig-Geist-Plateau sei optimal, änderte dann aber ihre Meinung und lehnte sieben Monate später die Baugenehmigung ab.

Es folgte ein Stellungskrieg zwischen Staat und Gemeinde, der bis 2002 dauern sollte: An jenem 3. Dezember setzte der Bürgermeister (anscheinend gegen seinen Willen) seinen Namen unter die definitive Genehmigung. Am 7. Oktober 2003 wurde der Grundstein gelegt.

Jetzt, 17 Jahre nach dem Regierungsbeschluss und genau fünf Jahre nach dem ersten Spatenstich, wird das architektonische Werk offiziell seiner Bestimmung übergeben.

Hier wird man nun acht verschiedene Gebäude finden, in denen die einzelnen Abteilungen der Justiz untergebracht sind, und zwar: der Obergerichtshof und die Generalstaatsanwaltschaft; das Bezirksgericht, das mit einem Übergang mit der Staatsanwaltschaft verbunden wird; das Friedensgericht; das Jugendgericht; die Zentralabteilung der Sozialfürsorge; die Gemeinschaftsräume mit Bibliothek, Lesesaal, Computersaal, Formationsinfrastrukturen, Telefonzentrale, Strafregister usw. Schließlich wurden 310 Parkplätze hergerichtet.

Das Handelsgericht bleibt in einem gegenüberliegenden Gebäude am Rand der „Cité judiciaire“.



Verzögerungen

Der Umzug fand statt, aber die Arbeiten in und um die Gebäulichkeiten sind noch nicht abgeschlossen, was auf eine Reihe von Ursachen zurückzuführen ist, die bei solch großen Projekten im Allgemeinen nicht ausbleiben. Erste Sitzungen fanden in den vergangenen Wochen bereits in der neuen Justizstadt statt und am Montag in acht Tagen sollen die Arbeiten des Gerichts hier definitiv über die Bühne gehen.

Die Sitzungssäle des Bezirksgerichts sehen auf Anhieb nicht schlecht aus, allerdings vermisst man die Pressebänke, an die scheinbar niemand gedacht hat, so dass den Journalisten nur zwei Möglichkeiten bleiben, nämlich sich auf die Anwalts- oder Publikumsbänke zu setzen, was im Endeffekt keine gangbare Lösungen sind. Man sollte sich schnellstmöglich etwas einfallen lassen, da sich sonst von Anbeginn an Probleme ergeben werden.

Der große Saal des Obergerichtshofes mit seinem wagnerianischen Touch ist wohl das Prunkstück der neuen „Cité judiciaire“, dies sowohl von seiner Größe als auch von seiner Einrichtung aus gesehen. Doch sind gerade hier die Arbeiten noch längst nicht abgeschlossen, so dass fraglich ist, wann er in Betrieb genommen werden kann.

„Porte ouverte“

Die „Cité judiciaire“ ist jedenfalls von außen her gesehen (im Innern wird es sich erst zeigen) ganz übersichtlich gestaltet. Die einzelnen Gebäude sind deutlich durch Beschriftung gekennzeichnet, so dass man gleich das richtige findet. Was noch fehlt ist der Abschluss des ästhetischen Rahmens mit Kunstwerken in und außerhalb der Gebäude. Dies soll aber gleich nach Fertigstellung der wichtigsten Arbeiten geklärt werden.

Um der Bevölkerung den Zugang zu erleichtern und sie mit den neuen Gebäulichkeiten bekannt zu machen, will

Bautenminister Claude Wiseler einen Tag der offenen Tür organisieren.



Fragen an Claude Wiseler, Bautenminister

Tageblatt: Wenige Tage vor der „Rentrée judiciaire“ wird das Projekt der „Cité judiciaire“ in der Öffentlichkeit wieder in Frage gestellt und besonders der hauptstädtische Bürgermeister Paul Helminger bekundet in einem Brief an die „Revue“, dass er seinerzeit nur schweren Herzens und unter Androhung eines ministeriellen, oder gar großherzoglichen Erlasses, die Genehmigung unterschrieben habe. Stimmt es, dass die Räumlichkeiten zu eng bemessen und schon jetzt zu klein sind?

Claude Wiseler: „Alle Abteilungen der Justiz, die in der ‚Cité judiciaire‘ geplant waren, haben ihren Platz gefunden, so dass man nicht behaupten kann, die Gebäulichkeiten seien schon jetzt zu klein. Der vorhandene Platz entspricht den Bedürfnissen.“

„T“: Der Bürgermeister stellt die Frage nach der Sicherheit innerhalb und außerhalb der neuen Gebäude. Von einem angemessenen Sicherheitsperimeter sei nie eine ernsthafte Studie vorgelegt worden.

C.W.: „Das Konzept der ‚Cité judiciaire‘ war, eine offene Struktur für die Bürger zu schaffen, eine ‚Cité‘, in der man sich frei bewegen kann und nicht ein Hochhaus. Alle Mittel sind gegeben, um die Sicherheit zu gewähren und Sicherheitspläne wurden im Vorfeld ausgearbeitet.“

„T“: Schließlich werden urbanistische Bedenken angemeldet, so das Verspielen der Chance, attraktives urbanes Wohnen in der Nähe des Heilig-Geist-Platzes auszufördern, was durch einen Ausbau der Strukturen der neuen Gebäulichkeiten der Fall wäre.

C.W.: „Erstens gibt es in der ‚Cité judiciaire‘, so wie sie jetzt gebaut wurde, noch Reserven innerhalb der Gebäulichkeiten. Zweitens bestehen noch große Möglichkeiten, wenn das Gebäude der Staatsarchiven leer sein wird. Und drittens gibt es in der näheren Umgebung eine Reihe von Bürohäusern, die Eigentum des Staates sind, und die – langfristig gesehen – für die Justiz benutzt werden könnten. Schlussfolgernd möchte ich betonen, dass ich nicht einsehe, warum wir jetzt eine Diskussion, die schon vor sechs Jahren geführt wurde, wieder aufleben lassen sollen, wo doch alle Probleme positiv gelöst wurden.“